



Niederschrift

53. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 28.06.2006
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:50 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	bis 18:40 Uhr
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	
Herr Heinzel, Horst	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Frau Grimm, Ute	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
-----------------------	-----	--------------

Gäste:

Bürgermeister und Beigeordneter GB 1, Herr Exner
Beigeordnete GB 2, Frau Fischer
Beigeordnete GB 3, Frau E. Müller
Beigeordnete GB 4, Frau Dr. von Kuick-Frenz
Servicebereichsleiter Verwaltungsmanagement, Herr Dr. Pokorny, zu TOP 5 und 13
Leiterin Rechtsamt, Frau Calek, zu TOP 7, 11, 12, 15 und 22.1
Leiter Zentrale Steuerungsunterstützung, Herr Heise, zu TOP 14 und 18.5
Bereich Wirtschaftsförderung, Herr Wendl, zu TOP 10
Bereich Verbindliche Bauleitplanung, Frau Holtkamp, zu TOP 9 und 18.3
FB Umwelt und Gesundheit, Herr Schröder, zu TOP 18.7
Entwicklungsträger Bornstedter Feld, Herr Theobald, zu TOP 2, 11 und 12
Pro Potsdam GmbH, Herr Nicke, zu TOP 11 und 12
TSV Potsdam, Herr Niklas, zu TOP 18.7
Büro des Oberbürgermeisters, Herr Jetschmanegg

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 14.06.2006
- 2 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2006
Vorlage: 06/SVV/0529
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3 Externe Besetzung der Stelle 331 100 12 Arzt/Ärztin im Amts- und Vertrauensärztlichen Dienst, Infektionsschutz, Umweltmedizin
Vorlage: 06/SVV/0530
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 4 Externe Besetzung der Stelle 110 000 01 Leiterin bzw. Leiter des Servicebereichs Finanzen und Berichtswesen
Vorlage: 06/SVV/0564
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 5 Externe Besetzung der Stelle 155 000 26, SB Systemadministration Elektronische Akte
Vorlage: 06/SVV/0565
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 6 Straßenumbenennung
Vorlage: 06/SVV/0112
Fraktion CDU
- 7 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003
Vorlage: 06/SVV/0391
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
mit Änderungsantrag Grüne/B90
und Änderungsantrag DIE LINKE. PDS
- 8 Eigenmittel Neubaugebiete
Vorlage: 06/SVV/0426
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 9 Aufstellung von B-Plänen als Satzung
Vorlage: 06/SVV/0432
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 10 Wissenschaftstransfer und Existenzgründungen in Babelsberg
Vorlage: 06/SVV/0449
Fraktion CDU
- 11 Änderung des Gesellschaftsvertrages der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 06/SVV/0481
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

- 12 Neuregelung der Vorlagepflichten der PRO POTSDAM GmbH im Hauptausschuss
Vorlage: 06/SVV/0485
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 13 Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung
Vorlage: 06/SVV/0497
Fraktion BürgerBündnis/FDP
- 14 Bürgerhaushalt 2007/2008
Vorlage: 06/SVV/0498
Fraktion Die Andere
- 15 Rechenschaftslegung von Aufsichtsratsmitgliedern in der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 06/SVV/0499
Fraktion Die Andere
- 16 Umsetzung der Prioritätenlisten für Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld und Waldstadt-Schlaatz im Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 06/SVV/0501
Fraktion Die Andere
- 17 MV - Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0509
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 18 Mitteilungen der Verwaltung
- 18.1 Sachstandsbericht zum Freizeitbad
- 18.2 Bericht über das weitere Vorgehen bzgl. Landtagsgebäude gemäß Vorlage: 06/SVV/0515
- 18.3 Bauleitplanerische Satzungsbeschlüsse ohne Inkrafttreten durch Schlussbekanntmachung
Vorlage: 06/SVV/0566
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 18.4 Bericht zu Veränderungen zum Investitionsprogramm und Überblick über die beantragten Fördermittel
gem. DS 06/SVV/0472
- 18.5 Vorschlag zum weiteren Verfahren zum Bürgerhaushalt
- 18.6 Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts gemäß Vorlage 06/SVV/0211 - hier: Verständigung zum Eckwertepapier
- 18.7 Grundstückssuche für Tierheimneubau
Vorlage: 06/SVV/0570
Oberbürgermeister, FB Umwelt und Gesundheit
- 18.8 Themenjahr 2007

Protokoll:**Öffentlicher Teil**

zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 14.06.2006**
Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung unterbreitet der Oberbürgermeister den Vorschlag, die **Tagesordnungspunkte 8. - 06/SVV/0426** – Eigenmittel Neubaugebiete, **Tagesordnungspunkt 16. – 06/SVV/0501** – Umsetzung der Prioritätenlisten für Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld und Waldstadt-Schlaatz im Haushaltsjahr 2007 **sowie Tagesordnungspunkt 18.4.** – Bericht zu Veränderungen zum Investitionsprogramm und Überblick über die beantragten Fördermittel gemäß DS 06/SVV/0472 **im Zusammenhang zu behandeln.**

Des Weiteren wird von Frau Birgit Müller vorgeschlagen, den **Tagesordnungspunkt 14. – DS 06/SVV/0498** – Bürgerhaushalt 2007/2008 **und Tagesordnungspunkt 18.5.** – Vorschlag zum weiteren Verfahren zum Bürgerhaushalt **im Zusammenhang zu behandeln.**

Weiterhin schlägt der Oberbürgermeister vor, den **Tagesordnungspunkt 9. – DS 06/SVV/0432** – Aufstellung von B-Plänen als Satzung **und den Tagesordnungspunkt 18.3.** – DS 06/SVV/0566 – Bauleitplanerische Satzungsbeschlüsse ohne Inkrafttreten durch Schlussbekanntmachung – **zurückzustellen** und **in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 16. August 2006 zu behandeln**, um die rechtlichen Auswirkungen noch einmal prüfen zu können.

Der Oberbürgermeister schlägt weiter vor, den **Tagesordnungspunkt 7. – Sonderstraßenbaubeitragssatzung** für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum 21.11.1997 bis 05.08.2003 – ebenfalls **bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 16. August 2006 zurückzustellen**, um entsprechend des Votums im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen die Ergebnisse der Abstimmungen mit den Landesbehörden abzuwarten. Zum 16.08.2006 werde dann vonseiten der Verwaltung auch eine Gegenüberstellung in absoluten Zahlen zum Vergleich Hupterschließungsstraße und Anliegerstraße vorgelegt.

Herr Bretz schlägt vor, den **Tagesordnungspunkt 17. – DS 06/SVV/0509** – Mitteilungsvorlage – Umsetzung der „Leitlinien zur Familienpolitik“ der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam – **bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 16. August 2006 zurückzustellen**, d.h. bis die Beratung in den anderen Ausschüssen erfolgt ist.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen gibt es vonseiten der Mitglieder des Hauptausschusses keine Einwände.

Die **Tagesordnung wird mit den Änderungen einstimmig bestätigt.**

Zum **Protokoll der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 14. Juni 2006** werden keine Einwände vorgebracht.

Das Protokoll **wird mehrheitlich** (mit zwei Stimmenthaltungen) **bestätigt**.

zu 2 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2006
Vorlage: 06/SVV/0529

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein und beantwortet die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie der Endpunkt der Entwicklungsmaßnahme angesetzt sei.

Antwort: 2015

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Der Kreditrahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH zur bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme beträgt für das Jahr 2006 höchstens 10.920.000,00 € mit einer Laufzeit längstens bis zum Abschluss der Entwicklungsmaßnahme.
2. Der Oberbürgermeister und die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung werden ermächtigt, den Kreditaufnahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH innerhalb des beschlossenen Kreditrahmens für das Jahr 2006 schriftlich zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung
bei zwei Stimmenthaltungen

zu 3 Externe Besetzung der Stelle 331 100 12 Arzt/Ärztin im Amts- und Vertrauensärztlichen Dienst, Infektionsschutz, Umweltmedizin
Vorlage: 06/SVV/0530

Zur Vorlage werden keine Nachfragen gestellt.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle mit der Nummer 331 100 12, Arzt/Ärztin im Geschäftsbereich 3 Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz, Fachbereich Umwelt, Gesundheit und Soziales / Gesundheitsbereich – Amts- und Vertrauensärztlicher Dienst, Infektionsschutz, Umweltmedizin – mit dem Stellenwert E 13 TvöD/ TVÜ/ VKA (ehemals Ib, Fg 7 BAT-O) wird für zwei Jahre mit einem Stundenvolumen von 20 Wochenstunden (50 %) zur externen Besetzung ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**zu 4 Externe Besetzung der Stelle 110 000 01 Leiterin bzw. Leiter des Servicebereichs Finanzen und Berichtswesen
Vorlage: 06/SVV/0564**

Zur Vorlage werden keine Nachfragen gestellt.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle „Leiterin bzw. Leiter des Servicebereichs Finanzen und Berichtswesen“ wird zur befristeten Besetzung für zunächst 4 Jahre gem. § 32 Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) extern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

**zu 5 Externe Besetzung der Stelle 155 000 26, SB Systemadministration Elektronische Akte
Vorlage: 06/SVV/0565**

Zur Vorlage werden keine Nachfragen gestellt.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle mit der Nummer 155 000 26, SB Systemadministration Elektronische Akte wird, für den Fall, dass die vorgeschaltete interne Ausschreibung kein zufriedenstellendes Ergebnis erbringt, für zwei Jahre zur externen Besetzung ausgeschrieben.

Die Eingruppierung erfolgt in E 11 TVöD/ VKA/ TVÜ (ehemals III Fg 3 BAT-O).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

**zu 6 Straßenumbenennung
Vorlage: 06/SVV/0112**

Frau Dr. Schröter argumentiert gegen den Antrag. Sie appelliert an die Anwesenden, darüber nachzudenken, welche Nachteile eine Umbenennung nach sich zieht, wenn ein Name aberkannt wird. Deshalb habe man im Kulturausschuss vorgeschlagen, den Namen Konrad-Adenauer in die Liste mit aufzunehmen für eine Straße, die noch nicht benannt ist.

Der von der Fraktion der CDU geänderte Antrag vom 09.05.2006 wird zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Johann-Strauß-Platz in „Konrad-Adenauer-Platz“ umzubenennen.

Abstimmungsergebnis:

mit 7 Ja-Stimmen/ 5 Gegenstimmen/ 2 Stimmenthaltungen
angenommen

**zu 7 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003
Vorlage: 06/SVV/0391**

Der Tagesordnungspunkt wird **zurückgestellt**.
Wiedervorlage: 16. August 2006

**zu 8 Eigenmittel Neubaugebiete
Vorlage: 06/SVV/0426**

Die Tagesordnungspunkte 8., 16. und 18.4. werden im Zusammenhang behandelt.

Der Oberbürgermeister stellt den Beschluss des Ausschusses für Finanzen zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss stimmt wie folgt zu :

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in die Haushaltsplanung 2007 **auf der Grundlage der Aufstellung Vermögenshaushalt 2007 und Fortschreibung Investitionsprogramm vom 19.06.2006 nebst Anlagen** die für die Umsetzung der Prioritätenlisten der Potsdamer Neubaugebiete notwendigen Eigenmittel einzustellen. Darüber hinausgehende Festlegungen aus der Planstufe 9 zum Haushaltsentwurf 2007 werden nicht vorgenommen.“

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen
bei 2 Enthaltungen

**zu 9 Aufstellung von B-Plänen als Satzung
Vorlage: 06/SVV/0432**

Der Tagesordnungspunkt wird **zurückgestellt**.
Wiedervorlage: 16. August 2006

**zu 10 Wissenschaftstransfer und Existenzgründungen in Babelsberg
Vorlage: 06/SVV/0449**

Herr Friederich legt nochmals die Intention des Antrages dar und verweist auf zwei sehr erfolgreiche Existenzgründungen aus jüngster Zeit in diesem Bereich.

Ziel solle auch sein, Abwanderungen zu verhindern. Dabei wird von ihm vorgeschlagen, den Antrag nicht nur auf Babelsberg zu beziehen, sondern auf die Stadt Potsdam zu erweitern.

Der Oberbürgermeister macht deutlich, dass es nicht nur um Babelsberg und Golm gehe. Es sei nicht so bekannt, was in den einzelnen Bereichen alles getan werde. Insoweit schlage er vor, dem Hauptausschuss einen ausführlichen Bericht vorzulegen.

Frau Bankwitz befürwortet in ihren Ausführungen den Antrag; sie würde sich von den Fraktionen des Landtages eine stärkere Anerkennung des Stellenwertes von Existenzförderung wünschen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund beabsichtigter Ausgründungen und Mittelkürzungen. Da es sich hierbei um eine ausschließlich kommunale Angelegenheit handele, unterstütze die Stadt bereits die Existenzgründer. Hier werde u.a. die Begleitung zu Banken angeboten, zwecks Klärung der wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass man das Thema im Landtag gestellt habe. Was den Antrag angehe, so mache dieser Sinn, wenn er sich auf die ganze Stadt beziehe, so sei die Begründung auch gehalten. Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf das Eckpunktepapier zum Standortentwicklungskonzept und merkt u.a. an, dass in diesem Papier die Verknüpfung zwischen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und den Unternehmen als Schwäche benannt sei. Insoweit sollte man dem Antrag zustimmen.

Herr Schüler hält die Anregung für richtig und wichtig, er äußert jedoch seine Bedenken, ein eigenes Marketingkonzept zu erarbeiten, wenn man gleichzeitig ein Standortentwicklungskonzept erarbeitet, in welchem dieses Thema enthalten ist.

Der Oberbürgermeister äußert dazu, dass das eine die Auflistung sei, was bereits alles gemacht werde; das andere sei, aufzuzeigen, wo es noch Entwicklungspotenzial gibt. Er halte den Hinweis von Frau Bankwitz für wichtig. Man werde nochmals prüfen, welchen Beitrag das Land dazu leistet. Andererseits müsse auch die Möglichkeit zur Mitarbeit bei entsprechenden Landesprojekten bestehen, die man auch unterstützen würde.

Im Weiteren erfolgt eine kurze Verständigung zur Änderung des vorliegenden Antrages.

Entsprechend des Hinweises von Herrn Schubert ist **im Betreff des Antrages „in Babelsberg“ zu streichen.**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der StVV im Oktober 2006 einen Marketing-Maßnahmeplan zur Stärkung der Attraktivität des Existenzgründungsstandortes rund um die Wissenschaftsstandorte in Potsdam vorzulegen. Dabei sollten neben der Darstellung der Möglichkeiten der Existenzgründungsförderung durch die Stadt auch Anregungen und Hinweise der Universität und des Hasso Plattner Venture einfließen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 11

Änderung des Gesellschaftsvertrages der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 06/SVV/0481

Herr Exner gibt eine kurze Erläuterung zum Sachverhalt.

Herr Dr. Scharfenberg interessiert, warum eine derartige Erweiterung notwendig ist und stellt unter Bezug auf die Synopse § 3 (1), 1. Anstrich, die Frage, wie eine Abgrenzung zum KIS erfolge.

Frau Dr. Schröter äußert ihre Bedenken zu § 3 (1), 2. Anstrich, der sehr weit gefasst sei.

Herr Exner verweist u.a. darauf, dass das, was hier beschrieben sei, aus gesellschaftsrechtlicher und kommunalrechtlicher Sicht gedacht sei; es stecke kein tieferer Sinn dahinter, etwa derzeit, dass damit unmittelbar verbunden sei, die definierten Dienstleistungen auch in Gänze für die Stadt zu erbringen. Verbunden sei damit nur die generelle Möglichkeit. Gesellschaftsrechtlich und auch steuerrechtlich sei die Neufassung, die die alte Fassung lediglich konkretisiere zu empfehlen. Es solle auch keine Konkurrenzsituation zum KIS initiiert werden. Hier gelte die in der Begründung zitierte Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung.

Frau Birgit Müller fragt nach, warum dann die Vorlage in den Hauptausschuss eingebracht wurde. Im Weiteren äußert sie ihre Bedenken hinsichtlich eines möglichen Wettbewerbs zwischen KIS und Pro Potsdam GmbH, die aufgrund ihrer Größe ein ganz anderes Gewicht habe als der KIS.

Herr Exner verweist nochmals darauf, dass die Kommunalaufsicht mit einer allgemeinen Formulierung zum Unternehmenszweck nicht zufrieden gewesen sei und man dem Hinweis der Kommunalaufsicht nachkommen wolle. Es gehe darum, dass die Stadt gesellschaftsrechtlich die Option hat; inwieweit diese genutzt werde, sei eine andere Frage. Es könne jedoch mal sein, dass die Stadt an der einen oder anderen Stelle für ihre Investitionsstrategie die Pro Potsdam GmbH nutzen wolle.

Herr Schüler weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass nichts Neues beschlossen werde. Der Stadt eröffne sich damit keine neuen Möglichkeiten. Er betrachte diese Änderungen ebenfalls als Option, die nicht zwangsläufig umgesetzt werden müssen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Änderung des Gesellschaftsvertrages der PRO POTSDAM GmbH (§ 3 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages)

Abstimmungsergebnis:

mit 9 Ja-Stimmen/1 Gegenstimme/ 6 Stimmenthaltungen
angenommen

zu 12 Neuregelung der Vorlagepflichten der PRO POTSDAM GmbH im Hauptausschuss
Vorlage: 06/SVV/0485

Herr Exner gibt eine kurze Erläuterung zur Vorlage.

Herr Dr. Scharfenberg macht in seinen Ausführungen zunächst darauf aufmerksam, dass die Stadtverordneten die Möglichkeit haben festzulegen, wer die Gesellschafterversammlung ist; das könnte z.B. auch der Hauptausschuss sein.

Herr Dr. Scharfenberg merkt weiter an, dass seines Erachtens die Formulierung im Punkt 1 des Beschlussvorschlages, 1. Anstrich, eine Einschränkung darstelle; seines Erachtens habe man im Hauptausschuss alle Grundstücke zur Kenntnis gegeben, was sich insgesamt bewährt habe.

Herr Exner verweist u.a. darauf, wenn etwas im Wirtschaftsplan festgesetzt werde, so hätte man dies im Hauptausschuss zu behandeln. Der Beschlussvorschlag sei genau konform mit dem, was im Gesellschaftervertrag stehe. Bezüglich des Hinweises, den Hauptausschuss als Gesellschafterversammlung einzusetzen, macht Herr Exner darauf aufmerksam, dass dies aus gesellschaftsrechtlichen Gründen so nicht möglich sei, weil dort nur einstimmig beschlossen werden könne; eine Gesellschafterin könne – auch wenn sie dort mit mehreren Personen vertreten sei – ihre Stimmen in der Gesellschafterversammlung nur einheitlich abgeben. Die Besetzung der Gesellschafterversammlung erfolge nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren. Hinzu käme, dass Gesellschaftsrecht als Bundesrecht das Kommunalrecht breche.

Herr Schubert bittet darum, den Tagesordnungspunkt um eine Sitzung zu schieben, um die Veränderung zur bisherigen Praxis nochmals abgleichen zu können.

Herr Bretz spricht sich ebenfalls dafür aus.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Wiedervorlage: 16. August 2006

zu 13 Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung
Vorlage: 06/SVV/0497

Frau Bankwitz legt nochmals kurz die Intention des Antrages dar.

Herr Dr. Pokorny gibt anhand von Folien eine kurze Erläuterung zu den Dokumentenmanagementsystemen in der Verwaltung, d.h. zur Definition Dokumentenmanagement, zur Situation in der Landeshauptstadt und zur Verknüpfung von Fachverfahren und Dokumentenmanagementsystemen. Die Folienübersicht wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Wie Herr Dr. Pokorny u.a. ausführt, laufe seit 2005 in der Stadtverwaltung ein Pilotprojekt – Saperion - , in das die Bereiche Stadtkasse, Steuern und KFZ - Wesen involviert seien. Gesteuert werde das System auf zentraler Ebene durch den IT-Bereich. 2006 und 2007 sei geplant, mehrere Fachverfahren einzubinden und diese zu unterstützen. Für 2010 sei die flächendeckende Digitalisierung geplant.

Frau Bankwitz merkt an, dass der Sachstand für sie neu sei und sie insoweit den Antrag zunächst einmal zurück stellen würde.

Herr Dr. Pokorny beantwortet im Weiteren Nachfragen von Herrn Heinzl (zum Suchen von Akten) und Frau Dr. Schröter (Abruf von StVV-Dokumenten).

Im Ergebnis verständigt man sich auf Vorschlag von Herrn Schüler auf eine gesonderte **Informationsveranstaltung für die Fraktionen nach der Sommerpause**. Herr Schubert bittet darum, das Ratsinformationssystem mit einzubeziehen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 14 **Bürgerhaushalt 2007/2008**
Vorlage: 06/SVV/0498

Die Tagesordnungspunkte 14 und 18.5. werden im Zusammenhang behandelt.

Herr Bretz schlägt vor, die Drucksache zur **Behandlung in die Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt** zu verweisen.

Frau Grimm erklärt namens der einreichenden Fraktion dazu ihr Einverständnis.

zu 15 **Rechenschaftslegung von Aufsichtsratsmitgliedern in der Stadtverordnetenversammlung**
Vorlage: 06/SVV/0499

Herr Exner macht in seinen Ausführungen deutlich, warum der Antrag in der vorliegenden Fassung nicht beschlossen werden könne. Die Frage sei auch, was heißt Rechenschaftslegung an dieser Stelle. Wie Herr Exner u.a. ausführt, haben die Mitglieder des Aufsichtsrates zahlreiche Pflichten und Rechte zu beachten. Im Mittelpunkt aufsichtsratlicher Pflichten stehe die Überwachung der Geschäftsführung. Die Mitglieder des Aufsichtsrates seien grundsätzlich verpflichtet, über vertrauliche Angaben der Gesellschaft Stillschweigen zu wahren. Die Aufsichtsratsmitglieder seien insbesondere zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Verschwiegenheitspflicht ist wiederum Ausdruck der allgemeinen Treuepflicht. Diese Pflicht kann auch nicht durch Weisung durchbrochen werden.

Bezüglich der Berichtspflicht gegenüber der Gemeindevertretung haben Aufsichtsratsmitglieder sicherzustellen, dass der Kreis der Eingeweihten nicht unverhältnismäßig erweitert wird. Eine direkte Berichterstattung aller Aufsichtsratsmitglieder vor der Stadtverordnetenversammlung sei ohne gesetzlich verankerte bzw. im Gesellschaftsvertrag bei GmbHs festgelegte Weisungsrechte nicht vereinbar mit der in § 396 AktG geforderten körperschaftsinternen Geheimhaltung.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Antrag zurück zu stellen, bis der Entwurf eines Public Corporate **Governance Kodex (PCGK)** vorliegt.

Termin: Ende August 2006

Dazu werden keine Einwände vorgebracht.
Der **Antrag wird zurückgestellt**.

zu 16 **Umsetzung der Prioritätenlisten für Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld und Waldstadt-Schlaatz im Haushaltsjahr 2007**
Vorlage: 06/SVV/0501

Die Tagesordnungspunkte 8., 16. und 18.4. werden im Zusammenhang behandelt.

Die DS 06/SVV/0501 wird vom Antragsteller **für erledigt erklärt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bereits bei der Erarbeitung des Haushaltsentwurfes 2007 die städtischen Eigenmittel zu Grunde zu legen, die erforderlich sind, um die von den Beiräten Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld und Waldstadt-Schlaatz im Auftrag der Stadtverordneten beschlossenen Prioritätenlisten für die Umsetzung der geplanten Einzelmaßnahmen zur Aufwertung der Wohngebiete unter Nutzung der bestehenden Förderprogramme umzusetzen.

**zu 17 MV - Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0509**

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.
Wiedervorlage: 16. August 2006

zu 18 Mitteilungen der Verwaltung

zu 18.1 Sachstandsbericht zum Freizeitbad

Wie der Oberbürgermeister informiert, halten die Gespräche zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Land, hier: Wirtschaftsministerium, noch an. Es gibt keine abschließenden Ergebnisse, insoweit könne er nichts Neues berichten. Außerdem sei zwischen dem Ministerium und ihm Vertraulichkeit vereinbart worden. Im Augenblick gebe es auch nichts zu entscheiden, sollte sich ein anderer Sachstand ergeben, werde er die Stadtverordneten sofort informieren.

Herr Dr. Scharfenberg bemängelt die „magere“ Information. Er fragt u.a. nach, was sich bei den intensiven Gesprächen abzeichne.

Der Oberbürgermeister merkt u.a. dazu an, dass die Gespräch in einer sehr bemühten konstruktiven Atmosphäre verlaufen, um einen Kompromiss herauszuarbeiten.

Zur Frage von Herrn Dr. Scharfenberg nach den zeitlichen Vorstellungen, äußert der Oberbürgermeister, dass ein Zeitpunkt noch nicht bestimmt werden könne.

zu 18.2 Bericht über das weitere Vorgehen bzgl. Landtagsgebäude gemäß Vorlage: 06/SVV/0515

Der Oberbürgermeister führt u.a. aus, dass er sich mit dem Beirat Potsdamer Mitte zusammensetzen werde, um ein konkretes Vorgehen zur Frage der Mitwirkung bei den Ausschreibungskonditionen zu besprechen. Eine europaweite Ausschreibung werde vorbereitet. Das ist ein Interessenbekundungsverfahren. Im 2. Schritt werde eine Auswahl herbeigeführt um dann detailliertere Informationen über die Gestaltung des Gebäudes vorzulegen und den Bewerbern mit auf den Weg zu geben. Die Mitwirkung der Landeshauptstadt ist erforderlich und dazu erfolge die Abstimmung mit dem Beirat Potsdamer Mitte. Das Gespräch

finde am 4. Juli 2006 statt. Die Entscheidung über konkrete Entwürfe werde im März 2007 getroffen.

Bezüglich der Frage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie die Stadt Potsdam sich in das Auswahlverfahren einbringen kann bzw. inwieweit – außer dem Oberbürgermeister – noch weitere Personen einbezogen werden können, äußert der Oberbürgermeister, dass es ihm zunächst darum gehe, die Rahmenbedingungen mitbestimmen zu können.

zu 18.3 Bauleitplanerische Satzungsbeschlüsse ohne Inkrafttreten durch Schlussbekanntmachung
Vorlage: 06/SVV/0566

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.
Wiedervorlage: 16. August 2006

zu 18.4 Bericht zu Veränderungen zum Investitionsprogramm und Überblick über die beantragten Fördermittel
gem. DS 06/SVV/0472

Die Tagesordnungspunkte 8., 16. und 18.4. werden im Zusammenhang behandelt.

Herr Exner nimmt Bezug auf das am 19. Juni 2006 an die Stadtverordneten ausgereichte Papier „Aufstellung Vermögenshaushalt 2007 und Fortschreibung Investitionsprogramm“. Er macht u.a. nochmals darauf aufmerksam, dass sich im aktuellen Planungsstadium im gesamten Vermögenshaushalt eine Deckungslücke von 20, 5 Mio Euro ergibt.

Herr Exner nimmt weiter Bezug auf das Votum aus dem Ausschuss für Finanzen vom 21.06.2006. Danach habe man sich auf folgende Beschlussformel verständigt.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in die Haushaltsplanung 2007 **auf der Grundlage der Aufstellung Vermögenshaushalt 2007 und Fortschreibung Investitionsprogramm vom 19.06.2006 nebst Anlagen** die für die Umsetzung der Prioritätenlisten der Potsdamer Neubaugebiete notwendigen Eigenmittel einzustellen. Darüber hinausgehende Festlegungen aus der Planstufe 9 zum Haushaltsentwurf 2007 werden nicht vorgenommen.“

und

„der Maßgabe, dass für die Beiräte der Neubaugebiete Waldstadt/ Schlaatz die Veränderungen schriftlich bis zur nächsten Woche dargestellt werden. Weiterhin ist zu gewährleisten, dass die Beiräte regelmäßig über Änderungen informiert werden.“

zu 18.5 Vorschlag zum weiteren Verfahren zum Bürgerhaushalt

Die Tagesordnungspunkte 14 und 18.5. werden im Zusammenhang behandelt.

Den Mitgliedern des Hauptausschusses ist ein zwischen Frau Birgit Müller und Herrn Exner erarbeiteter Verfahrensvorschlag als Tischvorlage ausgereicht worden. Frau Birgit Müller bittet um Verständnis für der Kurzfristigkeit. Wie sie u.a. ausführt, solle der ausgereichte Vorschlag nicht diskutiert werden; man sollte sich jedoch auf zwei Dinge verständigen. In dem Verfahrensvorschlag seien zwei Al-

ternativen vorgeschlagen worden. Zum einen die Durchführung eines erneuten Workshops und zum anderen die Moderation durch die Bildung einer Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt.

Herr Schubert spricht sich namens der Fraktion der SPD für die Arbeitsgruppe aus.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich ebenfalls dafür aus. Zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe bittet er jedoch darum, diese offenzuhalten, um die Möglichkeit einzuräumen, dass auch weitere interessierte Fraktionsmitglieder dazu kommen können.

Frau Grimm stimmt Herrn Dr. Scharfenberg zu. Sie bittet darum, die Zusammensetzung insoweit zu erweitern, als dass auch interessierten und kompetenten Bürgern eine Mitwirkung in der Arbeitsgruppe ermöglicht wird.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es zunächst einmal darum gehe, dass unter den Stadtverordneten ein einheitliches Vorgehen verabredet werde. Insoweit sollte die Zusammensetzung intern gehalten werden, was nicht ausschließe, dass weitere Personen einbezogen werden können.

Dies wird von Frau Birgit Müller unterstützt. Frau Birgit Müller richtet die Bitte an die Fraktionen, ihre Vertreter für die Arbeitsgruppe bis Ende Juli 2006 dem Büro der StVV bekannt zu geben. Die erste Zusammenkunft solle am 22. August 2006, 17:00 Uhr, stattfinden.

Herr Gohlke äußert sein grundsätzliches Einverständnis, äußert aber auch seine Skepsis dem Projekt gegenüber; dies vor allem vor dem Hintergrund des bisherigen Verfahrens; er wolle sich jedoch nicht ausschließen.

Von Frau Bankwitz und Herrn Schüler wird ebenfalls Einverständnis zu der Arbeitsgruppe signalisiert.

Herr Exner weist für diejenigen, die in der Arbeitsgruppe mitwirken wollen, darauf hin, dass auf der vorletzten (halben) Seite des ausgereichten Vorschlages die praktischen Fragen enthalten sind, die es zu klären gilt, damit man sich entsprechend vorbereiten könne.

Frau Dr. Müller bittet darum, den ausgereichten Vorschlag digital zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dies wird zugesagt.

zu 18.6 Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts gemäß Vorlage 06/SVV/0211 - hier: Verständigung zum Eckwertepapier

Herr Dr. Scharfenberg stellt die Frage, inwieweit die Punkte, die im Eckwertepapier benannt wurden, gesetzt sind und inwieweit im weiteren Verfahren noch Änderungen zu erwarten sind.

Frau Dr. von Kuick-Frenz äußert dazu, dass die genannten Punkte gesetzt sind.

Herr Dr. Scharfenberg führt weiter aus, dass ihm aufgefallen sei, dass die Landeshauptstadt Potsdam eine der größten landwirtschaftlichen Nutzfläche hat; dieser Teil spiele in dem Eckwertepapier jedoch keine Rolle. Er fragt nach, ob dieser Teil bewusst ausgeschlossen wurde. Für ihn sei die Frage wichtig, wel-

ches Entwicklungspotenzial in Bezug auf die landwirtschaftliche Nutzfläche hier vorhanden sei.

Frau Dr. von Kuick-Frenz äußert dazu, dass man sich zunächst auf 5 Großvorhaben konzentriert habe und natürlich können im weiteren Verfahren noch weitere Punkte dazu kommen. Nachträge, wie z.B. Obstbau seien möglich.

**zu 18.7 Grundstückssuche für Tierheimneubau
Vorlage: 06/SVV/0570**

Herr Schubert bedankt sich für die Mitteilungsvorlage, die jetzt nachvollziehen lasse, in welche Richtung die Entscheidungsfindung gelaufen ist, nach dem es zuvor doch zu einigen Irritationen gekommen sei.

Frau Knoblich fragt nach, warum am Lerchensteig bei relativ wenigen Anwohnern die Einwände in der Tabelle vermerkt seien, hingegen beim Kuhforter Damm keine Informationen diesbezüglich angeboten werden, so dass hier der Eindruck entstehe, es gäbe an diesem Standort keine Bedenken der Bürger. Aus der Presse war jedoch zu erfahren, das es durchaus am Standort Kuhforter Damm Einwände gebe.

Frau Elona Müller verweist darauf, dass man sich noch in der aktiven Prüfung befinde und eine Abwägung der berechtigten Bürgerinteressen vorgenommen werde.

Herr Heinzel bedankt sich ebenfalls für die Mitteilungsvorlage. Wie er u.a. weiter ausführt, habe der Ortsbeirat nicht unbedingt ablehnend bescheiden; es gebe gewisse Möglichkeiten, und wenn alle wollen, werde man auch Kompromisse finden. Er bittet darum, den Hauptausschuss auf dem Laufenden zu halten. Dies wird zugesagt.

Herr Schubert schlägt vor, dass vor der Unterzeichnung der Bestellung eines Erbbaurechtes am Grundstück Kuhforter Damm zwischen KIS und Tierschutzverein, der Hauptausschuss informiert werde.

Dies wird zugesagt.

Der Hauptausschuss nimmt die DS 06/SVV/0570 zur Kenntnis.

zu 18.8 Themenjahr 2007

Der Oberbürgermeister bittet die Mitglieder des Hauptausschusses um Zustimmung, dass Potsdam sich im Jahr 2007 mit dem Thema „Stadt am Wasser“ auseinandersetzt und ein entsprechendes Rahmenkonzept erstellt wird, welches dann im Hauptausschuss vorgestellt wird.

Es werden keine Einwände geäußert.

zu 19 Sonstiges

Herr Dr. Gunold nimmt Bezug auf einen Brief der Bürger von Kartzow hinsichtlich der Umverlegung der Buslinien, welche den Ortsteil nach dem Fahrplanwechsel stark frequentieren.

Wie der Oberbürgermeister u.a. dazu ausführt, werde eine Alternativstrecke ge-

sucht; dazu müssen noch Baumschnitte vorgenommen werden.

Frau Dr. von Kuick-Frenz ergänzt, dass es in der nächsten Woche einen Termin mit der HVG und dem ViP gebe, wo abgestimmt werde, was gemacht werden müsse.

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf die Festlegung im Februar 2006 im Hauptausschuss, dass noch vor der Sommerpause ein Konzept für das städtische Vorgehen zum Thema: Leitbild vorgelegt werde.

Dazu äußert der Oberbürgermeister, dass man an vielen Projekten arbeite, die mit dem Thema „Leitbild“ zu tun haben (Leitlinien Familienpolitik, Bürgerhaushalt, Doppik etc.). Gegenwärtig sei man dabei, die bereits existierenden Konzepte methodisch zusammenzufassen. Er schlägt vor, dem Hauptausschuss in der zweiten Sitzung nach der Sommerpause das Konzept vorzulegen.

Frau Knoblich nimmt Bezug auf eine Veranstaltung am 26.06.06 in Verbindung mit dem Potsdam Kolleg, wo gesagt worden sei, dass die Schule in Trägerschaft der Stadt übergeht; dies sei bislang nicht bekannt gewesen.

Frau Gabriele Fischer führt dazu u.a. aus, dass nach Brandenburgischen Schulgesetz vorgesehen sei, dass in 2007 die Trägerschaft an die Stadt Potsdam übergeht. Allerdings seien die Modalitäten noch nicht klar; dazu werden noch Gespräche geführt.

Herr Bretz ist der Meinung, dass man dazu gesondert diskutieren sollte. Im Ausschuss für Bildung und Sport habe man sich dazu verständigt, dass die weitere Berichterstattung dort erfolgen solle.

Für Herrn Schubert stellt sich die Frage, wie das Land über kommunale Schulen bestimmen kann.